

Sitzung Nr. 11 vom 16. November 2021

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Alexander Kohli Ivo von Büren Marc Willemin Nicole Arnold Fabian Affolter Richard Aschberger Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Patrick Zberg (Ersatz)
Entschuldigt	Nicole Hirt
Anwesend von Amtes wegen	Christian Ambühl, Polizeikommandant David Baumgartner, Finanzverwalter Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Marc Hauser, Präsident VSPB Polizei Stadt Grenchen Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 18:05 Uhr
TRAKTANDEN	(2822 - 2829)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 9 vom 21. September 2021
2	2822 Stadtpolizei, Beibehaltung oder Aufhebung: Änderung Gemeindeordnung, Durchführung einer Urnenabstimmung

- | | | |
|---|------|---|
| 3 | 2823 | Überparteiliche Motion: Schaffung einer Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“: Einreichung |
| 4 | 2824 | Motion Fraktion SP: Abfallsünder direkt angehen: Einreichung |
| 5 | 2825 | Motion Fraktion SP: Grenchen wird zur „NO-Littering“ Stadt: Einreichung |
| 6 | 2826 | Motion Alexander Kaufmann (SP): Erweiterung Infrastruktur Pumptrack-Anlage: Einreichung |
| 7 | 2827 | Motion Fraktion SVP: Umsetzung Tempo-30-Zonen - Postulat aus dem Jahre 2012: Einreichung |
| 8 | 2828 | Postulat Fraktion FDP: Für eine benutzerfreundlicheren Gebührenpflichtzeit auf dem Parkplatz Postplatz Nord (Schrankensystem) und geordnetere Parkverhältnisse an der Marktstrasse und an der Schild-Ruststrasse: Einreichung |
| 9 | 2829 | Mitteilungen und Verschiedenes |

- 0 -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 9 vom 21. September 2021 wird mit folgender Bemerkung genehmigt:

GRB 2808

Wahlen in Kommissionen und andere Gremien für die Amtsperiode 2021-2025

Gemeinderat Alexander Kaufmann bezieht sich auf die Gremien in Ziffern 5.2.1 (GAG AG) und 5.2 (RFP AG), wo geheime Wahlen stattfanden, da mehr Kandidaturen vorlagen, als Sitze zu vergeben waren, und keine Resultate im GR-Beschluss festgehalten sind. Vor vier Jahren wurden die Resultate veröffentlicht. Gibt es einen bestimmten Grund für die Praxisänderung?

Vize-Stadtpräsident Remo Bill hat die Sache mit Marcel Châtelain abgeklärt. Die Resultate sollten wie bei Wahlen im Kantonsrat im Protokoll aufgeführt sein. Er unterstützt das Anliegen, dass es ins Protokoll gehört.

Stadtpräsident François Scheidegger ist anderer Meinung als der ehemalige Chef des Amtes für Gemeinden und soziale Sicherheit. Solche Wahlen sind vertraulich, damit keine Rückschlüsse auf das Abstimmungsverhalten von einzelnen Personen erfolgen können. Bei der Grösse des Gemeinderates (15 Mitglieder) kann man leicht Rückschlüsse ziehen. Wenn man es vor vier Jahre publiziert hat, hat man es falsch gemacht.

- 0 -

Stadtpolizei, Beibehaltung oder Aufhebung: Änderung Gemeindeordnung, Durchführung einer Urnenabstimmung

Vorlage: KZL/05.11.2021

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Martin O. Jäggi, Experte, geht davon aus, dass sein Bericht bekannt ist und er sich auf bestimmte Aussagen und Bemerkungen beziehen kann.

- Gute Zusammenarbeit: Grundsätzlich ist bekannt, dass zwischen der Stapo und der Kapo eine sehr gute Zusammenarbeit herrscht, die sich in den letzten Jahren bewährt habe. Das spricht für die beiden Korps und ist ein Kompliment für die Stapo und Kapo.
- Urbane Sicherheit: Es wird befürchtet, dass es bei der Integration der Stapo in die Kapo einen grossen Verlust der urbanen Sicherheit für die Stadt gebe. Der Kapo wird also nicht zugetraut, die Sicherheit, die der Bürger erwartet, zu gewährleisten. Genau das hat die Kapo aber in Olten bewiesen, als sie vor 5 Jahren die Verantwortung für die Sicherheit und Ordnung übernommen hat. Anfängliche Zweifel und Bedenken haben sich rasch verflüchtigt. Das hat er aus Interviews, die er in Olten führen konnte, so erfahren.
Die Kapo hat also ihre Fähigkeit bewiesen, das so machen zu können. Aus den übrigen 105 Einwohnergemeinden des Kantons hört man auch keine negativen Stimmen. Der Verband Solothurnischer Einwohnergemeinden VSEG würde sich vehement wehren, wenn das anders wäre. Man ist grundsätzlich zufrieden mit der Arbeit der Kapo.
- Subjektive Sicherheit: Das Sicherheitsgefühl der Grencherinnen und Grenchner könne sich bei einer Integration negativ verändern. Das Erscheinungsbild wird aber praktisch dasselbe sein. Die meisten Menschen können nicht unterscheiden zwischen einer Stadtpolizei und Kantonspolizei, was Uniformen und Autos angeht. Die Personen in den Uniformen werden zum grossen Teil die gleichen bleiben wie jetzt. Die Kapo wird sich auch verpflichten, Fusspatrouillen in der Innenstadt durchzuführen und Quartiere und Brennpunkte zu besuchen. Das war in Olten so und würde sich in Grenchen wiederholen.
- Polizeidichte: Mit den Kapo-eigenen und den übertretenden Stapo-Leuten wird die Polizeidichte nicht abnehmen.

- Schnittstellenproblematik: Der neue Kompetenzen-Katalog hat gezeigt, dass weniger Probleme mit den Schnittstellen vorhanden sind als vorher. Das ist gut so. Aber Probleme mit Schnittstellen gibt es immer, wenn zwei gleiche Organisationen im gleichen Gebiet für das gleiche Produkt verantwortlich sind. Das Prinzip, ein Raum, ein Auftrag, ein Zuständigkeit ist in allen betriebswirtschaftlichen Organisationen zum Grundsatz geworden. Bei zwei Polizeikorps, die im gleichen Raum tätig sind, gibt es Schnittstellenproblematiken. Die sind zwar im normalen Alltag praktisch vernachlässigbar, weil man in der Regel Zeit hat, miteinander zu sprechen und Abklärungen zu treffen. In einer besonderen Lage aber, wo es darum geht, Hilfe zu leisten und einzugreifen, spielt die Problematik eine Rolle.
- Ressourcenfrage: Die Kapo stellt in Aussicht, bis 15 Mitarbeitende der Stapo zu übernehmen. Mit den bisherigen Mitarbeitenden des Regionalpostens der Kapo ist genügend Personal vorhanden, um die objektive und subjektive Sicherheit der Gemeinden Grenchen, Bettlach, Selzach und Lommiswil gewährleisten zu können. Wenn Not am Mann ist, hat die Kapo die Möglichkeit, aus anderen Regionen oder Einheiten (z.B. Mobile Einsatzpolizei) zeitverzugslos Polizeikräfte abzu ziehen bzw. beizuziehen.
- Interventionszeit: Es wird bezweifelt, dass die Kapo in der Lage ist, gleich wie die Stapo zeitverzugslos einzugreifen, wenn das nötig sein sollte. Die Kapo hat sich schon vor langem zum Ziel gesetzt, einen Unglücksort oder Tatort tags und auch nachts mit ersten Kräften innerhalb einer einstelligen Minutenzahl zu erreichen. Die Statistik hat gezeigt, dass dieses Ziel weitgehend erreicht werden konnte mit Ausnahme peripherer Ortschaften wie Kleinlützel, Rodersdorf, Matzensdorf oder Steinhof. Wenn Polizeikräfte nachts von zuhause aufgeboten werden müssen, wie z.B. Kriminaltechniker, Fahnder, Brandermittler, dauert es eine gewisse Zeit.
- Wohnort, Arbeitsort: 50 % der Stapo-Mitarbeitenden wohnen nicht in Grenchen. Sie kommen von Bätterkinden, Inkwil, Oensingen, Aeschi, Hubersdorf, Biberist, Aarberg. Bei einer Integration der Stapo in die Kapo würde das nicht ändern. Die Leute würden an ihren Wohnorten wohnen und in Grenchen arbeiten. Es besteht aber die Möglichkeit, einen Arbeitsplatz bei der Kapo zu übernehmen, der näher bei ihren Wohnorten liegt (z.B. Biberist, Derendingen Zuchwil, Solothurn, Oensingen).
- Einsatzzentrale: In Grenchen sind mit der Kapo und der Stapo zwei Zentralen in Betrieb. Die Zentraleinrichtung der Stapo liegt ausserhalb der Bürozeit brach. Die Kapo übernimmt heute schon diese Aufgabe.
- Schaltdienst: Kapo und Stapo bedienen zu Bürozeiten je einen Schalter für das Publikum. Bei einer Zusammenlegung der beiden Korps könnte der Personalaufwand halbiert werden.
- Kriminalitätsrate: Es wird befürchtet, dass bei der stetigen Bevölkerungszunahme die Kriminalitätsrate steigen könnte. Die Befürchtungen teilt er nicht, und zwar aus folgendem Grund: In Grenchen ist die Kriminalitätsrate im Vergleich zu Olten, Solothurn signifikant tiefer. Es gibt nur halb so viele Straffälle. Wenn man in Betracht zieht, dass der Ausländeranteil mit 36 % relativ hoch ist (Solothurn 22 %), so spricht das für eine ausgezeichnete Ausländerintegration und die gute Arbeit der Stapo und Kapo.

1.2 Thomas Zuber, Kommandant Polizei Kanton Solothurn, erklärt, dass das Faktenpapier von Martin O. Jäggi, die Konkretisierung der Kapo und die ergänzenden Fragen von Robert Gerber einen guten Überblick geben, was die Kapo bei einer Übernahme machen würde bzw. was man anders, neu oder gar nicht machen würde.

Für den Gemeinderat geht es darum, zu wissen, was er in Zukunft haben wird und was nicht. Es ist nicht an ihm, irgendetwas zu verkaufen, sondern er macht wie in einem Laden eine Auslage (in den Unterlagen findet man die Stellungnahmen zu den Leistungen und den personellen Sachen).

Er möchte noch folgende Punkte ergänzen:

- Die Aussage mit den längeren Anfahrtswegen stimmt nicht, weil 14 bis 15 Mitarbeitenden neu auf den Posten Grenchen kommen. Für die Arbeiten, welche die Kapo übernehmen wird, braucht sie am Marktplatz 14 bis 15 Leute. Man hat vielleicht sogar noch die näheren Anfahrtswege, sicher nicht die längeren.
- Lokale Sicherheit: In Olten hat man verschiedene Massnahmen unternommen (Quartierbus, Herumfahren mit Segways).
- Kriminalitätsrate: Es gibt neue Phänomene. Die sind aber primär eine Aufgabe der Kapo. Die Leute bewegen sich immer mehr in den virtuellen Raum, so dass auch die Kapo im virtuellen Raum präsent sein muss.
- Ressourcen: Erst kürzlich wurden vier Sondergruppen ausgeschrieben. Es ist nicht so, dass man bei den Sondergruppen zu wenige Leute hat. Wenn jemand bei der Stapo war, gilt das schon als zwei Jahre in einer anderen Abteilung. Man hat einen Austausch mit Neuenburg. Wenn jemand ein Jahr in Neuenburg war, dann gilt das wie zwei Jahre z.B. im Schwarzbubenland.

- 1.3 Polizeikommandant Christian Ambühl dankt seinem Kommando, dass es mit ihm zusammen bis spät in die Nacht die Antwort zum Faktenpapier ausgearbeitet hat. Er gibt Martin O. Jäggi Recht, wenn dieser sagt, dass die Kriminalitätsrate in der Stadt Grenchen am tiefsten ist. Das hat man nicht irgendwelchen Fakten zu verdanken, sondern den Mitarbeitenden der Stadtpolizei Grenchen.

2 Eintreten

- 2.1 Wie Gemeinderat Alexander Kaufmann ausführt, ist es nicht leicht, wenn eine Institution wie die Stadtpolizei Grenchen nach bald 120 Jahren aufgelöst werden muss. Es ist auch ein emotionaler Entscheid mit grosser Tragweite. Das Faktenpapier von Martin O. Jäggi zeigt jedoch klar auf, wohin die Reise führt. Die Stellungnahmen von Thomas Zuber, Kapo Solothurn, und Christian Ambühl, Stapo Grenchen, zeigen auf unterschiedliche Art auf, wie die Neuausrichtung umgesetzt werden könnte und dementsprechend aufgenommen wird. Aufgrund der angespannten Finanzsituation der Stadt Grenchen ist sich die SP-Fraktion der Notwendigkeit, einen Entscheid betreffend Zukunft Stapo Grenchen zu fällen, völlig bewusst. Dies wurde an den damaligen Finanz-Workshops auch so kommuniziert. Hingegen ist die SP hinsichtlich der Dringlichkeit nicht gleicher Meinung. Welche Lösung auch immer gewählt wird, sie muss für die Stadt Grenchen stimmen. Das Preisschild mit Einsparungen von rund 1.6 bis 2.0 Mio. Franken ist die eine Seite. Es gibt aber auch eine Kehrseite der Medaille. Die Stadt Grenchen verfügt über keine eigene Polizei mehr und verliert somit ihre polizeiliche Autonomie. Eine spätere Wiedereinführung ist nicht mehr möglich. Den Sozialdemokraten muss es bei diesem einschneidenden Entscheid wohl sein und dies trifft mit dieser Vorlage nicht zu. Die SP kann dies nur unterstützen, wenn der Übergang für das Personal so sozialverträglich wie nur möglich gestaltet werden kann und die Stadt keine bisherigen Mitarbeitenden fallen lässt.

Sollte das Stimmvolk tatsächlich einer Aufhebung der Stadtpolizei und der Integrierung in die Kantonspolizei zustimmen, benötigt es zwingend eine saubere, neue Leistungsvereinbarung. Die Zusagen und Versprechungen von Seiten des Kantons müssen zwingend eingehalten und die Sicherheit in der Stadt Grenchen muss prioritär behandelt werden. Leider aber harmonierte in der Vergangenheit die Zusammenarbeit mit dem Kanton nicht immer wie gewünscht. Versprechen und Zugeständnisse wurden nicht immer eingehalten und Grenchen erhielt als Stadt im westlichsten Kantonsteil nicht immer die Unterstützung, die sie eigentlich benötigt hätte. Die Schliessung des Regionalspitals Grenchen steckt immer noch tief in den Knochen, auch wenn es ein paar Jahre her ist. Zum Glück konnte der Ambulanz- und Rettungsdienst in Grenchen eigenständig weitergeführt werden. Dieser ist ja inzwischen finanziell mehr oder weniger erfolgreich unterwegs.

Die SP-Fraktion ist immer noch klar der Meinung, dass Leistungsabbau und gleichzeitige, jährliche Steuersenkungen nicht zielführend sind. Trotz Kompass-Strategie sollte diese Entwicklung in Zukunft berücksichtigt und korrigiert werden. Meistens gehen politische Prozesse viel zu langsam vorwärts; bei diesem Geschäft aber drehen die politischen Mühlen plötzlich viel zu schnell. Die Meinung der Bevölkerung wurde bisher zu keinem Zeitpunkt miteinbezogen. „Man darf die Rechnung nicht ohne den Wirt machen.“

Die SP-Fraktion ist für Eintreten, stellt aber aus den erwähnten Gründen und nach reiflicher Überlegung folgenden Kompromissantrag:

- 10.1 *Der Bericht von Martin O. Jäggi betreffend Entscheidungsgrundlagen für die künftige Ausrichtung der Stadtpolizei sowie die Stellungnahmen der Kommandanten der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Grenchen werden zur Kenntnis genommen.*
- 10.2 *Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Stadtpolizeien Grenchen und Solothurn vom 19. November 2019 wird per 31. Dezember 2023 gekündigt.*
- 10.3 *Es wird eine Arbeitsgruppe mit den Auftrag eingesetzt, dem Gemeinderat einen Vorschlag betreffend die künftige Ausrichtung der Stadtpolizei zu unterbreiten.*

Begründung:

- Die Stadt Grenchen erhält somit zwei Jahre Zeit, mit weiteren, vertieften Abklärungen über die Zukunft der Stadtpolizei zu befinden. Vielleicht ergibt sich eine mögliche Lösung, die zum heutigen Zeitpunkt noch nicht klar und spruchreif ist.
- Die Stadt Grenchen vergibt sich so keine möglichen Fehlentscheidungen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können.
- Das Faktenpapier von Martin O. Jäggi sowie die Stellungnahmen von Thomas Zuber und Christian Ambühl sollen dazu als Grundlage dienen.

- 2.2 Nachdem, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, die Abgeltungsverhandlung im 2019 zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hat, hat man in den Sparworkshops im 2021 die Integration der Stadtpolizei in die Kantonspolizei als eine von möglichen Optionen in Betracht bezogen. Damit der Gemeinderat einen Grundlagenentscheid fällen kann, wurde ein ergebnisoffenes Faktenpapier verlangt. Das wurde inzwischen von Martin O. Jäggi geliefert, wofür ihm die Mitte-Fraktion herzlich dankt. Dazu hat man schriftliche Stellungnahmen von Thomas Zuber und Christian Ambühl erhalten, was der Mitte-Fraktion für die weitere Entscheidungsfindung sehr dienlich ist.

Da das Faktenpapier wie gewünscht ergebnisoffen gestaltet wurde, ist der Gemeinderat jetzt auch frei in seiner Entscheidung, ob man den Weg, der darin beschrieben steht, weiter beschreiten will oder etwas anderes möchte. Mit dem von der SP gestellten Antrag erhält der Gemeinderat eine neue, weitere Möglichkeit zur Auswahl. Die Mitte-Fraktion kann mit dem SP-Antrag gut leben und sieht die Kündigung der Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung als gangbaren Weg an. Das würde der Stadt genügend Zeit geben, das Ganze nochmals zu überlegen und die künftige Ausrichtung der Stadtpolizei in einer Arbeitsgruppe auszuarbeiten. Dann hat man keinen Druck und hat es selbst in der Hand, welche Lösung ausgearbeitet werden soll. Matthias Meier-Moreno ist der festen Überzeugung, dass man dort auch eine gute und gangbare Lösung für alle finden wird. In diesem Sinne ist die Mitte für Eintreten und wird dem Antrag der SP zustimmen.

2.3 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass es ein unangenehmes Geschäft ist und viele Emotionen drin sind. Es sind 120 Jahre Tradition „Stadtpolizei Grenchen“. Es wurde viel geschrieben, erläutert und recherchiert. Der Gemeinderat hat von beiden Seiten gute Papiere erhalten. Das zu entscheiden, ist nicht einfach, und führt zu einem Problem. Wenn man heute entscheiden würde, die Stadtpolizei aufzuheben, kann man nachher nicht mehr zurück. Wenn man sie einmal abgegeben hat, ist sie für immer weg. Die SVP-Fraktion findet den Vorschlag der SP, dass man sich noch ein wenig Zeit lässt und das Ganze nochmals im Detail anschaut, sehr gut. Die SVP ist für Eintreten und wird den Anträgen der SP folgen.

2.4 Gemäss Gemeinderat Robert Gerber, hat der Gemeinderat an seiner Juli-Sitzung einem Antrag der Gemeinderatskommission zugestimmt, wonach eine Grobanalyse der Handlungsmöglichkeiten im Falle des städtischen Polizeikorps erarbeitet werden soll, das insbesondere folgende Kerninhalte umfassen soll:

- Übersicht über Handlungsvarianten samt deren Voraussetzungen, sowie
- Vor- und Nachteile
- Chancen und Risiken und
- Folgen für die städtische Sicherheit, das betroffene Personal und die Finanzen.

In den Beratungen im Gemeinderat wurde damals von verschiedener Seite klar betont, resp. verlangt, dass der Bericht ergebnisoffen sein soll und vor allem, dass man sich alle Optionen offenhalten will.

Der Gemeinderat hat im Juli nichts anderes als einen Bericht, ein Faktenpapier, oder wie man dem auch sagen will, verlangt. Seit einigen Wochen liegt dieses Papier nun vor. Es ist davon auszugehen, dass in allen Fraktionen ausgiebige Diskussionen geführt wurden, nicht nur an den Fraktionssitzungen, sondern auch zwischendurch. Es wurde auch fraktionsübergreifend viel geredet.

Niemand will oder wollte einen Entscheid einfach so übers Knie brechen, da es ein Entscheid ist, der tiefgreifende Folgen haben kann. Sei es für das Personal, sei es für die städtische Sicherheit oder eben für die städtischen Finanzen.

Auslöser für die Debatte war ja nicht die Frage, ob eine Polizei etwas bringt oder nützt, sondern die Schieflage des städtischen Finanzhaushaltes.

Das sogenannte Faktenpapier zeigt nun verschiedene Handlungs- oder Lösungsmöglichkeiten auf. Es ist eine Grobanalyse, wie es der Gemeinderat verlangt hat und keine „Doktorarbeit“. Es ist nun Sache des Gemeinderates, über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und unterstützt den Antrag der SP resp. von Alexander Kaufmann, vorerst die Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit dem Kanton zu kündigen und eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich um die künftige Ausrichtung des städtischen Polizeikorps kümmert. So behält der Gemeinderat das weitere Vorgehen in seiner Hand und gibt die Zügel nicht vorzeitig aus der Hand. Man gewinnt damit Zeit und kommt so unter Umständen zu einer Lösung, die den Bedürfnissen der Stadt Grenchen besser Rechnung trägt.

Vorhin wurde von Emotionen gesprochen. Es ist besser, jetzt nicht so eine Hauruckübung zu starten, weil unter Umständen die Gefahr besteht, dass man an der Gemeindeversammlung kläglich scheitern könnte. Wenn es dann zu einem Nicht-Eintretens-Antrag käme, wäre man gleich weit. Dann weiss man nämlich nicht, was das Volk eigentlich wollte (will es gar keine Stadtpolizei mehr oder doch noch eine). Deshalb ist es vielleicht besser, wenn man die Reform gemächlicher angeht.

Robert Gerber möchte es an dieser Stelle nicht unterlassen, allen Personen, die jemals bei der Stadtpolizei gearbeitet haben, herzlich für die wertvolle Arbeit zu danken, die sie in den 116 Jahre geleistet haben.

- 2.5 Laut Patrick Zberg, Ersatz-Gemeinderat, hat man heute gehört, dass Grenchen eine sichere Stadt ist. Die glp ist der Meinung, dass man das zu einem sehr grossen Teil der Stadtpolizei zu verdanken hat. Die Sicherheit ist eine sehr wichtige Leistung der öffentlichen Hand und man muss wirklich aufpassen, was man in diesem Bereich allenfalls etwas ändern möchte oder nicht. Solange die offenen Fragen, die jetzt noch vorherrschen, nicht geklärt sind, ist die glp ebenfalls der Auffassung, dass es überhasst ist, wenn man jetzt hier irgendwelche Entscheide trifft. Deshalb wird auch die glp dem Kompromissantrag der SP zustimmen und ist für Eintreten auf das Geschäft.
- 2.6 Gemeinderat Daniel Hafner zeigt sich von den Voten erstaunt. Es ist knapp ein Jahr her, dass dem Gemeinderat drastisch die Finanzlage der Stadt Grenchen vor Augen geführt wurde. Von bürgerlicher Seite wurde es noch dramatischer geschildert. Es herrschte ein riesiger Handlungsbedarf. Im angesprochenen Workshop wurden verschiedene Handlungsspielräume diskutiert. Man war sich schnell einig, dass die Stadtpolizei mit einem Sparpotential von 1.5 bis 2 Mio. Franken der grösste Hebel ist, was 5 bis 6 Steuerpunkten entspricht. Als Geschäftsführer des Bahnhofs Grenchen Süd kann er aus Erfahrung sagen, dass die Angehörigen der Stadtpolizei hervorragende Arbeit leisten. Als langjähriges Mitglied der Personalkommission SBB kann er bestätigen, wie wichtig es ist, dass die Mitarbeitenden, wenn es dann zu einer Integration kommt, ein anständiges Übertrittsverfahren bekommen, und jeder so gut wie möglich im Rahmen seiner Tätigkeit weiterfahren kann. Das ist ohne Frage ein sozialdemokratisches Kernanliegen. Jetzt heisst es plötzlich von allen Seiten, dass es offene Fragen gibt. Der Gemeinderat hat den Bericht erhalten und die Ausführungen des ehemaligen und aktuellen Kommandanten der Kantonspolizei gehört. Er weiss nicht, was für offene Fragen vorhanden sind. Aus seiner Sicht ist die Faktenlage klar. Für ihn ist nicht nachvollziehbar, was eine Arbeitsgruppe in den nächsten zwei Jahren ermitteln soll. Im Gegenteil, die Unsicherheit der Mitarbeitenden (inkl. des Polizeikommandanten) bleibt bestehen. Man verzögert die ganze Geschichte um weitere zwei Jahre. Die finanziellen Folgen der zwei Jahre sind absehbar. Seitens FDP wird dem Gemeinderat aufgezeigt, dass man an der Gemeindeversammlung vor dem Volk scheitern könnte. Man hat Angst vor dem Volk. Ist es nicht an der Exekutive inkl. dem Stadtpräsidenten, das Volk auf die Spur zu bringen und ihm zu erklären, dass man solche drastische Massnahmen ergreifen muss, weil die finanzielle Lage der Gemeinde offensichtlich dramatisch ist. Dramatische Situationen erfordern zeitnahe Massnahmen.

Warum man jetzt plötzlich Zeit hat, zwei Jahre zu warten und die ganze Geschichte in einer Arbeitsgruppe zu erörtern, kann er als Sozialdemokrat nicht nachvollziehen. Deshalb wird er in einer entsprechenden Abstimmung die Anträge der eigenen Partei ablehnen.

- 2.7 Vize-Stadtpräsident Remo Bill dankt Daniel Hafner für die klaren Worte. Das ist auch seine Meinung. Er kennt die Fakten, war bei der Evaluation dabei, war zu Besuch in Olten und hatte auch mit den Herren Jäggi und Zuber Kontakt. Er ist überzeugt, dass dies der richtige Weg ist, und unterstützt immer noch ganz klar die Anträge gemäss Vorlage. Er bekundet grosse Mühe mit der politischen Kehrtwende. So kann man nicht politisieren. Es geht nicht, dass es einmal so, einmal anders ist. Der Gemeinderat wird bei den Einwohnerinnen und Einwohnern an Glaubwürdigkeit verlieren.

Eintreten wird mit 13 : 2 Stimmen beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Daniel Hafner stellt fest, dass niemand im Gemeinderat eine Frage zur Vorlage und zu den Beilagen gestellt hat. Vorhin hat man mehrmals gehört, dass es offene Fragen gibt. Wäre das jetzt nicht das Forum, wo man die Fragen hätte stellen können, da die entsprechenden Protagonisten anwesend sind? Warum tauchen die Fragen, die offensichtlich im Raum stehen, nicht auf? Kann ihm das jemand erklären?

- 3.1.1 François Scheidegger geht davon aus, dass sich die Arbeitsgruppe mit diesen Fragen auseinandersetzen müssen. Im Übrigen hätte es so oder so eine Arbeitsgruppe gegeben, weil man die Leistungsvereinbarung auflösen muss. Man gewinnt einfach etwas Zeit.

- 3.1.2 Daniel Hafner fragt sich, warum man Zeit gewinnen will. Ist der Gemeinderat nicht überzeugt von seiner Haltung? Vertrat der Gemeinderat nicht sogar den Standpunkt, dass man aufgrund der desolaten finanziellen Lage über das Ferienheim Prägels und die dringend nötige Doppeltturnhalle Kastels diskutieren muss? Und plötzlich kann man es sich leisten, für Fragen, die offensichtlich nicht aktuell sind, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um Zeit zu gewinnen. Er versteht den Gemeinderat nicht.

3.2 Anträge und Beschlussesentwurf

- 3.2.1 Alexander Kaufmann wiederholt auf Anfrage die drei Anträge der SP:

10.1 Der Bericht von Martin O. Jäggi betreffend Entscheidungsgrundlagen für die künftige Ausrichtung der Stadtpolizei sowie die Stellungnahmen der Kommandanten der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Grenchen werden zur Kenntnis genommen.

10.2 Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Stadtpolizeien Grenchen und Solothurn vom 19. November 2019 wird per 31. Dezember 2023 gekündigt.

10.3 Es wird eine Arbeitsgruppe mit den Auftrag eingesetzt, dem Gemeinderat einen Vorschlag betreffend die künftige Ausrichtung der Stadtpolizei zu unterbreiten.

- 3.2.2 Der Antrag 10.1 gemäss Vorlage wird einstimmig gutgeheissen.

- 3.2.3 Gemeinderat Peter Brotschi beantragt, folgende Ergänzungen ("unterstrichen") zum Antrag 10.2 der SP:

Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Stadtpolizeien Grenchen und Solothurn vom 19. November 2019 wird spätestens per 31. Dezember 2023 gekündigt oder im gegenseitigen Einverständnis früher.

Der ergänzte Antrag 10.2 der SP wird mit 13 : 2 Stimmen gutgeheissen.

3.2.4 Der Antrag 10.3 der SP wird mit 13 : 2 Stimmen gutgeheissen.

Es ergeht folgender

4 Beschluss

4.1 Der Bericht von Martin O. Jäggi betreffend Entscheidungsgrundlagen für die künftige Ausrichtung der Stadtpolizei sowie die Stellungnahmen der Kommandanten der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Grenchen werden zur Kenntnis genommen.

4.2 Die Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Stadtpolizeien Grenchen und Solothurn vom 19. November 2019 wird spätestens per 31. Dezember 2023 gekündigt oder im gegenseitigen Einverständnis früher.

4.3 Es wird eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, dem Gemeinderat einen Vorschlag betreffend die künftige Ausrichtung der Stadtpolizei zu unterbreiten.

Vollzug: KZL

Stapo
FV
PA
Marc Hauser, Präsident VSPB Sektion Polizei Stadt Grenchen

1.2.0 / acs

Überparteiliche Motion: Schaffung einer Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“: Einreichung

1 Mit Datum vom 16. November 2021 wird folgende überparteiliche Motion eingereicht (Erstunterzeichnerinnen: Angela Kummer, SP, und Nicole Hirt, glp):

1.1 Motionstext

Die Stadt Grenchen soll zeitnah eine Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“ einsetzen für mehr Klimaschutz, eine umweltverträgliche Mobilität und eine moderne Energiepolitik.

Begründung:

Die Bau-, Planungs- und Umweltkommission (BAPLUK) hat in ihrem Aufgabengebiet eigentlich Umwelthemen gemäss der Gemeindeordnung und dem separaten Umweltschutzreglement in ihre Arbeit einzubeziehen. Diese Aspekte kommen jedoch zu kurz. Die Themen Umwelt und Energie sind zu wichtig, als dass sie in der BAPLUK weiterhin meist unberücksichtigt bleiben. Der Vorschlag, eine separate Umweltkommission auf die neue Legislatur hin einzuführen, um den Umwelthemen mehr Gewicht zu verleihen, wurde von der GRK abgelehnt. Massnahmen sind aber dringend nötig, der Klimawandel geht weiter und wir können nicht mehr nur zusehen.

Die geforderte Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“ berät die BAPLUK in Umwelt- und Energiethemen.

Die Arbeitsgruppe könnte folgende Aufgabenbereiche umfassen:

- *Abgabe von Empfehlungen zur Anpassung bzw. Verbesserung von Planungen und Projekten, insbesondere bei Gebieten mit Objekten im Naturinventar*
- *Inputs zu Schutz, Förderung und Ausbau der natürlichen und naturnahen Lebensräume der Stadt Grenchen*
- *Einbezug bei Ergänzungen oder Anpassungen des Naturinventars*
- *Einbezug bei konkreten Bauprojekten (privat oder öffentlich)*
- *Diskussion von Massnahmen zur Förderung der Biodiversität, der ökologischen Vernetzung, Stadtklima / Durchlüftung, Bodenqualität, Gewässer- und Uferschutz, energetische Sanierungen von Liegenschaften, Abfallentsorgung und -bewirtschaftung, Mobilitätskonzepte bei Grossbauten*
- *Unterstützung der Verwaltung bei der Sensibilisierung der Bevölkerung für Umwelt- und Energiethemen*

Die Arbeitsgruppe kann aus 5-7 Mitgliedern bestehen, welche sich beispielsweise wie folgt zusammensetzt:

- *1 Mitglied der BAPLUK (als politische Vertretung)*
- *1 Vertretung der Baudirektion (bestenfalls Energiestadt-Koordinatorin)*
- *3-5 Vertretende aus stadtnahen Kreisen, die sich mit Anliegen der Biodiversität, ökologischen Vernetzung, mit der Bodenqualität, dem Gewässer- und Uferschutz und/oder Aspekten des Stadtklimas beschäftigen (z. B. Vertretende von Umweltvereinen oder Privatpersonen, welche ein spezifisches Fachwissen in diesen Bereichen vorweisen können).*

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BAPLUK
BD

0.1.8 / acs

Motion Fraktion SP: Abfallsünder direkt angehen: Einreichung

1 Mit Datum vom 16. November 2021 reicht die SP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichnerin: Angela Kummer):

1.1 Motionstext

Antrag:

Der Werkhof soll über die nötigen personellen Ressourcen verfügen, damit er „Abfallsünder“ direkt angehen und für eine sauberere Stadt sorgen kann.

Begründung:

Neben dem Problem des zunehmenden Litterings (Einzelabfall auf öffentlichem Grund) häuft sich auch das unsachgemässe Entsorgen von Abfällen, sei es die Entsorgung von Kehrichtsäcken, Möbeln oder sonstigen Gegenständen ohne entsprechende Entsorgungsmarke, das zu frühe Rausstellen von Kehrichtsäcken oder auch die unzureichenden Abfallsammelplätze bei älteren Überbauungen (keine oder zu wenige Container).

Bei einer Besprechung zwischen Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung im Oktober 2021 schien allen klar, dass der Werkhof, der für die Abfallentsorgung zuständig ist, nicht genügend personelle Ressourcen hat, die Probleme hinsichtlich unsachgemässer Abfallentsorgung zu lösen. Man kann aber nicht Forderungen stellen, ohne die entsprechenden personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Das aktuelle Team des Werkhofs gibt sich zwar die grösste Mühe die Stadt sauber zu halten, musste aber in den letzten Jahren zahlreiche Stellenkürzungen in Kauf nehmen.

Unser Ziel ist eine saubere Stadt und eine gut funktionierende Abfallentsorgung als wichtige Dienstleistung für die Bevölkerung, welche sie via Steuerzahlungen auch finanziert.

Konkret wäre eine Lösung, eine Person in Teilzeit direkt für den Aufgabenbereich „Abfallsünder“ anzustellen. Sie müsste den Kontakt zu den Liegenschaftsverwaltungen suchen, um sie über die Entsorgungsrichtlinien zu informieren, abzuklären ob genügend Container und entsprechende Containerstandplätze vorhanden sind, sowie allenfalls mahnen und Rechnungen stellen. Auch für die Durchsuchung von Abfallsäcken nach Adressen müssten wohl zusätzlich Stellenprozente eingesetzt werden.

Für eine saubere Stadt sind mehr Ressourcen dringend nötig!

- 2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD
PA
FV
Stapo

7.2 / acs

Motion Fraktion SP: Grenchen wird zur „NO-Littering“ Stadt: Einreichung

1 Mit Datum vom 16. November 2021 reicht die SP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichnerin: Angela Kummer):

1.1 Motionstext

Antrag:

Die Stadt Grenchen soll das offizielle No-Littering-Label beantragen, um sich aktiv und mit zielgerichteten Massnahmen gegen Littering einzusetzen.

Begründung:

Littering bezeichnet die Unsitte, Abfälle im öffentlichen Raum achtlos wegzuwerfen oder liegen zu lassen. Littering kostet viel Geld, senkt die Lebensqualität und schadet der Umwelt. Öffentlichen Institutionen kommt in der Bekämpfung von Littering eine zentrale Rolle zu - nicht nur in Sachen Reinigung, sondern auch bezüglich Sensibilisierung, Prävention und Repression. Um sie in ihren Bemühungen zu unterstützen, vergibt die Interessengemeinschaft für eine saubere Umwelt (IGSU) das No-Littering-Label.

Das No-Littering Label zeichnet Städte, Gemeinden und Schulen aus, die sich aktiv und mit zielgerichteten Massnahmen gegen Littering einsetzen. Nach den zwei äusserst erfolgreich durchgeführten „Clean-Up Days“ 2020 und 2021 sowie der Lancierung des Freiwilligenprojekts „Littering-Raumpaten“ im März 2021 steht als nächstes die Beantragung des NO-Littering Labels an. Dieses wird kostenlos zur Verfügung gestellt und kann anschliessend in der gesamten Kommunikation eingesetzt werden.

Das Label soll ein öffentlichkeitswirksames Statement sein, damit unsere Stadt zeigt, dass sie Littering nicht akzeptiert und dass sie sich gegen Littering einsetzt. Zudem erhält die Bevölkerung eine Anerkennung für ihren Einsatz gegen Littering und wird motiviert, ihre Massnahmen jährlich zu überdenken und allenfalls anzupassen.

Um das Label zu erwerben, muss sich die Stadt zu einem Anforderungskatalog bekennen und jeweils bis Ende Februar ein Leistungsversprechen für das entsprechende Kalenderjahr abgeben. Dadurch verpflichtet sie sich, Littering mit zielgerichteten Massnahmen zu bekämpfen. In der Wahl und Ausgestaltung der einzelnen konkreten Massnahmen ist sie frei.

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD
SV

7.2 / acs

Motion Alexander Kaufmann (SP): Erweiterung Infrastruktur Pumptrack-Anlage: Einreichung

1 Mit Datum vom 16. November 2021 reicht Alexander Kaufmann (SP) folgende Motion ein:

1.1 Motionstext

Die Stadt Grenchen soll zusammen mit dem Tissot Velodrome und dem Stiftungsrat Velodrome Suisse die Infrastruktur im Bereich rund um die Pumptrack-Anlage in Bezug auf Schattenspender, Gastronomie und sanitären Einrichtungen erweitern.

Begründung:

Seit dem Jahr 2015 erfreut sich die Pumptrack-Anlage südlich der Badi grösster Beliebtheit bei Jung und Alt. Praktisch bei jedem Wetter finden sich von morgens bis abends unzählige Benutzer auf dieser Anlage. Vor allem sind es Familien mit ihren Kindern, welche stundenlang auf dem Areal präsent sind, und Eltern, die bei den Künstlern ihrer Kinder auf der Geländebahn mitfiebern.

Leider fehlt der Anlage ein geeigneter Rückzugsort, um sich im Sommer vor der Sonneneinstrahlung in den Schatten zu begehen. Stundenlang halten sich die Benutzer und Besucher unter der gleissenden Sonne auf und haben weder die Möglichkeit, Getränke zu beziehen noch sanitäre Anlagen für das tägliche Bedürfnis zu benutzen.

Dieser Zustand ist unbefriedigend und einer Sportstättenzone wie sie Grenchen besitzt, nicht würdig. Die Stadt als Förderin und Sponsorin des Velodroms, sowie Grundeigentümer der Parzelle mit der Pumptrack-Anlage muss mit dem Betreiber und Pächter der Anlage, dem Tissot Velodrome, mögliche Massnahmen zur Verbesserung diskutieren und umsetzen lassen.

So erhält eine der grössten Pumptrack-Anlagen weltweit eine wesentliche Infrastrukturverbesserung.

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

KSF
BD
FV
Stiftung Velodrome Suisse
Velodrome Suisse AG

3.4.5 / acs

Motion Fraktion SVP: Umsetzung Tempo-30-Zonen - Postulat aus dem Jahre 2012: Einreichung

1 Mit Datum vom 16. November 2021 reicht die SVP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner: Marc Willemin):

1.1 Motionstext

Ausgangslage:

Seit dem Jahr 2012 gab es einige Vorstösse und Diskussionen rund um Tempo 30 in der Stadt Grenchen. Jahrelang ist nichts passiert und man wurde immer wieder vertröstet und auf die kommende Ortsplanungsrevision trotz gültigem Gemeinderatsbeschluss vertröstet.

GRB 2664 13.11.2012:

„Das überparteiliche Postulat (SVP, CVP, FDP) „Rückbau von T30 Zonen auf T50 Zonen, Streichung weiterer T30 Zonen“ wird erheblich erklärt.“

2019 folgte zum gleichen Thema eine Interpellation von der SVP Grenchen zum Thema und wieder wurde erwähnt, dass es vorwärts gehen soll mit der Bearbeitung und zwar wieder im Rahmen der Ortsplanungsrevision. Nun schreiben wir das Jahr 2021, nächstes Jahr kann man das 10-jährige Jubiläum feststellen und weiterhin ist NICHTS passiert. Auch die „runden Tische“ zu dem Thema (zwei Sitzungen, um 2015 herum) wurden danach nicht mehr weiterverfolgt und man hat wohl auf die Vergesslichkeit der Gemeinderäte gehofft. Seit Jahren wird man vertröstet, wir haben endgültig genug von der Verzögerungstaktik. Wozu sind Gemeinderatsvorstösse da, wenn sie je nach Stimmung der Verwaltung umgesetzt oder liegengelassen werden?

Wie nun in der öffentlichen Ausschreibung vernommen wurde, soll die Umsetzung des Postulates trotz diverser Vertröstungen und Versprechen nicht mehr in der Ortsplanungsrevision bearbeitet werden. Sollte das so sein, wäre es ein absoluter Hohn und eine Missachtung des Gemeinderates und für uns absolut inakzeptabel.

Motionsantrag:

Der Beschluss GRB 2664 wird bis 31.12.2022 umgesetzt.

2 Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

Postulat Fraktion FDP: Für eine benutzerfreundlicheren Gebührenpflichtzeit auf dem Parkplatz Postplatz Nord (Schrankensystem) und geordnetere Parkverhältnisse an der Marktstrasse und an der Schild-Ruststrasse: Einreichung

1 Mit Datum vom 16. November 2021 reicht die FDP-Fraktion folgendes Postulat ein (Ersatzunterzeichner: Robert Gerber):

1.1 Postulatstext

Der Stadtpräsident und die zuständige Verwaltungsabteilung werden eingeladen zu prüfen, ob

- *die in der Parkgebührenordnung für den Parkplatz Postplatz Nord (Schrankensystem) festgelegte Gebührenpflichtzeit nicht in der Weise ausgedehnt werden könnte, dass sie benutzerfreundlicher ist resp. den Öffnungszeiten der umliegenden Ladengeschäfte besser Rechnung trägt,*
- *die Parkplatzsituation und die maximale Parkdauer auf den Parkplätzen an der Marktstrasse und an der Schild-Ruststrasse noch den heutigen Bedürfnissen entsprechen oder ob die maximale Parkdauer nicht auf 60 Minuten beschränkt werden sollte.*

Gegebenenfalls sind dem Gemeinderat entsprechende Vorlagen zur Genehmigung zu unterbreiten.

Begründung Postplatz Nord:

Der Gemeinderat hat am 25. August 2020 die Parkgebührenordnung den neuen Gegebenheiten (Schrankensystem Postplatz Nord) angepasst. Dabei wurde beschlossen, dass auch nachts und an Sonn- und Feiertagen das Parkieren auf dem Postplatz Nord nicht mehr kostenlos sein soll. Das gewählte Schrankensystem bewährt sich im Übrigen bestens und wird von den umliegenden Gewerbebetrieben und Ladengeschäften sehr geschätzt.

Gemäss Ziffer 1, Abschnitt K6 (Schrankensystem) der Parkgebührenordnung, ist die 30-minütige Gratisparkzeit auf die Zeit von Montag bis Samstag von 08.00 bis 19.00 Uhr beschränkt. Während der Nacht und an Sonntagen beträgt die Parkgebühr generell 20 Rappen pro halbe Stunde.

Diese Regelung führt nun zu Unmut bei gewissen Benutzerinnen und Benutzer. Insbesondere, wenn jemand vor 08.00 Uhr den Parkplatz benutzt, um in einem der nahegelegenen Einkaufsläden einzukaufen oder auf der Post Verrichtungen zu tätigen. Dem Umstand, dass sowohl die Poststelle als auch verschiedene Ladengeschäfte in der Umgebung bereits vor 08.00 Uhr öffnen, wurde bei der Festlegung der Gebührenpflichtzeit zu wenig resp. nicht Rechnung getragen.

Mit einer Anpassung der Gebührenpflichtzeit, kann dieses kleine Ärgernis beseitigt und dem Umstand, dass die Regelung mit der Gratisparkzeit von 30 Minuten insbesondere zur Unterstützung des örtlichen Ladengewerbes eingeführt wurde, besser Rechnung getragen werden.

Begründung Marktstrasse und Schild-Ruststrasse:

Aus Kreisen der Bevölkerung und teilweise auch von Geschäftsinhaber/Innen wird zu Recht darauf hingewiesen, dass die Parkplatzsituation an der Marktstrasse und an der Schild-Ruststrasse teilweise sehr desolat ist. Es finden sich dort kaum, oder selten freie Parkplätze, weil nicht in erster Linie potenzielle Kundinnen und Kunden der rund um den Marktplatz und an der Marktstrasse ansässigen Geschäfte die Parkplätze belegen, sondern Pendlerinnen und Pendler. Weil es an freien oder zeitnah freiwerdenden Parkplätzen fehlt, wird teilweise auch kreuz und quer und auf den Trottoirs (Marktstrasse) parkiert und so die Zu- und Wegfahrtverhältnisse stark beeinträchtigt.

Die maximale Parkzeit an den beiden Strassenzügen beträgt zum jetzigen Zeitpunkt zwei Stunden. Um den Bedürfnissen der Benutzerinnen und Benutzer besser Rechnung tragen zu können, sollte die maximale Parkzeit dort auf 60 Minuten beschränkt sein. In erster Linie müssen diese Parkplätze den Kundinnen und Kunden der Geschäfte im Stadtzentrum zur Verfügung stehen und nicht ganztags von den bereits morgens früh anreisenden Pendlerinnen und Pendlern belegt werden.

- 2 Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

Stapo
FV

6.3 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

- 1 Genehmigung Änderung der Schulordnung (familienergänzende Kinderbetreuung, Organisatorisches und Formelles) (Urnenabstimmung vom 13.06.2021)**
- 1.1 Das Volksschulamt hat die Änderung der Schulordnung mit Verfügung vom 4. November 2021 genehmigt.
- 2 Sitzungsplan 2022: Absage GR-Sitzung vom 18. Januar 2022**
- 2.1 Stadtpräsident François Scheidegger beantragt dem Gemeinderat aufgrund der Geschäftslast und des Versanddatums vom 7. Januar 2022 (noch in den Neujahrsferien), die GR-Sitzung vom 18. Januar 2022 abzusagen.
- 2.2 Gemeinderat Ivo von Büren kann dem zustimmen unter der Bedingung, dass dann die GR-Traktandenliste vom 1. Februar 2022 nicht überbefrachtet wird.
- 2.3 Beschluss
- 2.3.1 Die erste GR-Sitzung im 2022 findet am 1. Februar 2022 statt.